

Fortsetzung von Seite 1

„freikaufen“. Die Arbeitseinsätze sind in fixen Teams organisiert, wodurch jedes Mitglied seine Fähigkeiten optimal einbringen und sich gleichzeitig mit anderen Mitgliedern austauschen kann. Bei La Louve organisieren nur acht hauptamtlich engagierte MitarbeiterInnen einen Supermarkt für über 4.500 Mitglieder. Die große Schwester von La Louve, Park Slope aus New York, ist bereits auf 17.000 Mitglieder angewachsen.

Die angebotenen Produkte reichen von konventionell bis biologisch, von Übersee bis regional und werden nach den Kriterien Bio, Regionalität, Gesundheit, Fair Trade, Geschmack, aber eben auch dem Preis ausgewählt. Im Eingangsbereich des Supermarkts liegt ein Buch, in dem sich alle Mitglieder Produkte wünschen können. Diese werden dann ins Sortiment aufgenommen und in den darauffolgenden Monaten wird eruiert, ob das Produkt von vielen Mitgliedern gekauft wird. Im Regal bleiben nur jene Produkte, die auch regelmäßig gekauft werden.

Durch die niedrigen Ausgaben für Löhne gelingt es, dass biologisches Gemüse beispielsweise günstiger angeboten werden kann als konventionelle Ware im Supermarkt nebenan. Damit steigt die Motivation für jene, die aufs Geld schauen müssen: Sie können ohne moralischen Zeigefinger ihre Konsummuster verändern. Für La Louve steht die Zusammenarbeit und Teilhabe an erster Stelle. Als Standort haben sie daher ein Stadtviertel gewählt, in dem auch viele MigrantInnen leben oder Menschen mit niedrigem Einkommen. Das Modell ist keine Lösung für alle Probleme in der Landwirtschaft, es ist jedoch ein wichtiger Puzzlestein in der „Landkarte der Versuchslabore“ für ein Wirtschaften der Zukunft.

Von Südkorea lernen – die Kooperative Hansalim

Ein Beispiel, das seinesgleichen sucht, ist die Kooperative Hansalim aus Südkorea. Als EuropäerInnen kennen wir

Südkorea vor allem als Land, das mit rasender Geschwindigkeit im Kapitalismus angekommen ist. Parallel dazu hat sich jedoch ein System entwickelt, das dazu beiträgt die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die handwerkliche Verarbeitung von Lebensmitteln zu erhalten. Bei Hansalim arbeiten über 3.000 bäuerliche Betriebe zusammen und stellen an die 1.000 Produkte her, die im ganzen Land verkauft werden. Mit rund 250 Läden in Städten und Abholnotenpunkten in ländlichen Regionen, können 1,6 Millionen KonsumentInnen versorgt werden. Sie haben ein riesiges Netzwerk, in dem es gelungen ist, sich nicht einer Profitlogik zu unterwerfen, sondern die Preise für die bäuerlichen Produkte innerhalb der Kooperative zu verhandeln. Dazu treffen sich VertreterInnen von KonsumentInnen und ProduzentInnen ein Mal pro Jahr und verhandeln für jedes Produkt einen fairen Preis für die kommende Saison. Die VerhandlerInnen zeigen sich dabei erst zufrieden, wenn eine Einigung erzielt werden kann, die von allen getragen wird. Damit wissen die bäuerlichen Betriebe, zu welchen Preisen sie ihre Produkte im nächsten Jahr verkaufen können und sind keinen Preisschwankungen am Markt unterworfen.

Alte und neue Konsumgenossenschaften in Österreich

In Österreich blicken wir auf eine lange Geschichte der Konsumgenossenschaften zurück, die seit Mitte des 19. Jhdt. zentrale Institutionen der ArbeiterInnenbewegung waren, um Menschen einen leistbaren Zugang zu Lebensmitteln zu ermöglichen. Sie haben einen wesentlichen Beitrag geleistet, um KonsumentInnen gegen steigende Preise zu schützen und einen großen Teil der Bevölkerung in diesen Konsumgenossenschaften zu organisieren. Mit der Insolvenz des Konsum 1995, ging diese Tradition zu Ende. Um regionale Antworten auf globale Herausforderungen

wie die Erderwärmung zu finden, werden auch bei uns laufend neue Formen der Zusammenarbeit zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen entwickelt. Damit werden auch Impulse für eine Veränderung in der Landwirtschaft gesetzt und die Abwanderung aus ländlichen Regionen wird eingebremst. Auch hier ist Selbstorganisation ein zentraler Bestandteil.

Die Dorfgemeinschaft – Um's Egg

„Um's Egg“ aus Losenstein funktioniert wie eine gemeinsame Speisekammer. Es ist ein Geschäft, in dem KundInnen, Bauern und Bäuerinnen und andere LieferantInnen sich zu einer Genossenschaft zusammenschließen und in dem vorwiegend biologische und regionale Lebensmittel erhältlich sind. Um's Egg bietet ein Vollsortiment und nur jene Produkte, die nicht in der Region verfügbar sind, werden zugekauft. Zu den Geschäftsöffnungszeiten kann jede/r einkaufen – außerhalb dieser, haben Mitglieder dennoch die Möglichkeit einzukaufen und selbstständig zu bezahlen. Das System basiert auf Vertrauen, denn jede/r der/die etwas mitnimmt ohne zu bezahlen, besteht sich selbst als Mitglied.

Die Beispiele zeigen, die simple Tätigkeit des Einkaufens von Lebensmitteln hat es in sich. Durch Zusammenarbeit mit Bauern und Bäuerinnen können wirkliche Verbesserungen für unsere Gesundheit und für die Zukunft unserer Erde erreicht werden. Durch Kooperation gelingt es, dass sich nicht nur einzelne auf diesen Weg machen, sondern gute und schmackhafte Lebensmittel für alle zugänglich sind.

Mehr Infos zu den Beispielen unter:
www.ernaehrungssouveraenitaet.at/gutes-essen-fuer-alle-aber-wie-2/

Julianna Fehlinger
Sozialökologin, Geschäftsleiterin der
Österreichischen Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung.

Klimagerechtigkeit konkret

**„What do we want?“ – „Climate justice!“ – „When do we want it?“ – „Now!“
So lautet einer der meistverwendeten Wechselrufe der Fridays for Future. Durch sie ist die Forderung nach Klimagerechtigkeit endgültig in der Weltgesellschaft angekommen.**

*Univ.-Prof. Dr. Michael Rosenberger,
Umweltsprecher der Diözese Linz*

Der Begriff Klimagerechtigkeit wurde weder von der hohen Politik noch von der Wissenschaft in die Diskussion eingebracht, sondern durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Erstmals verwendete ihn die Organisation CorpWatch im Jahr 2000 auf dem alternativen Klimagipfel, der parallel zur sechsten „Conference of Parties“ (COP 6) in Den Haag stattfand. CorpWatch lancierte dort einen „Call for Climate Justice“. Zwei Jahre später verabschiedeten die NGOs auf dem Earth Summit in Johannesburg (Rio+10) die „Bali Principles for Climate Justice“. Und 2009 kam es im Umfeld der COP 15 in Kopenhagen zur Gründung des „Climate Justice Action Network“, aus dem bis heute zahllose Initiativen hervorgegangen sind.

2008 wird der Begriff in katholischen Organisationen heimisch. Rechtzeitig zur COP 14 in Posen verfasst die Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité (CIDSE), in der sich 18 katholische Hilfswerke der Entwicklungszusammenarbeit zusammengeschlossen haben, gemeinsam mit Caritas Internationalis einen Appell an die Weltpolitik mit dem Titel: „Wir fordern Klimagerechtigkeit!“. Unterzeichnet ist der Appell von rund 100 Bischöfen, allerdings nur zehn aus Industrieländern. Für die Osterreichische Bischofskonferenz hat Referatsbischof Ludwig Schwarz unterschrieben. Zehn Jahre später lancieren CIDSE und Caritas Internationalis wiederum einen Appell zur Klimagerechtigkeit, diesmal an die COP 24 in Kattowitz. Er ist von den Vorsitzenden aller kontinentalen Bischofskonferenzen unterschrieben – außer der nordamerikanischen.

In regierungsamtlichen Dokumenten taucht „Klimagerechtigkeit“ erstmals bei der COP 20 in Paris 2015 auf.

Bei der jüngsten COP 25 in Madrid 2019 wurde er zu einem der zentralen Stolpersteine.

Das Konzept der Klimagerechtigkeit

Das klassische Konzept der Nachhaltigkeit, das seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio 1992 den Schlüssel zur Lösung des Klimaproblems bildet, war von Beginn an ein doppelt erweitertes Gerechtigkeitskonzept:

⇒ International: Nachhaltigkeit lässt sich wie die Klimakrise nicht mit nationalen Gerechtigkeitsmodellen darstellen, sondern braucht die internationale, globale Sichtweise: Gerechtigkeit in der Nutzung der irdischen Ressourcen kann nur global verstanden werden. Es gibt nur einen Planeten Erde, den alle miteinander teilen.

⇒ Intergenerational: Die Treibhausgasemissionen von heute haben Auswirkungen für Jahrtausende. Es genügt also nicht mehr, Gerechtigkeit für die jetzt lebenden Menschen herzustellen. Es gilt vielmehr an künftige Generationen zu denken.

Klimagerechtigkeit wird üblicherweise unter das Prinzip der Equity gestellt: Jeder heutige und künftig lebende Mensch hat das Recht auf die gleiche Menge an Treibhausgasemissionen. Das sind je nach Rechnung etwa 1,5 bis maximal 2 t Kohlendioxid quivalente pro Jahr. Und wo liegen wir zurzeit? Hier beginnt bereits der Streit. Misst man die Menge an der Produktion eines Landes, kommt Deutschland im Jahr 2018 mit 9,15 t pro Person auf Platz 28 der (negativen) Weltrangliste, Osterreich mit 8,16 t auf Platz 34 (Daten aus: Publications Office of the European Union 2019 (hg), Fossil CO₂ and GHG emissions of all world countries 2019 Report). Misst

man die Menge hingegen am Konsum eines Landes, verschärft sich die Lage. Dann liegt Deutschland im Jahr 2016 mit 10,8 t auf Platz 24, Osterreich mit 10,5 t auf Platz 25 (Daten aus: <https://ourworldindata.org/consumption-based-co2>). Zum Vergleich: Der aktuelle Weltdurchschnitt liegt derzeit für beide Messungen bei 4,8 t. Wir konsumieren in Osterreich also mehr als das Doppelte an Treibhausgasen des Weltdurchschnitts und ungefähr das Fünf- bis Siebenfache des Zutr glichen, wenn das 1,5- oder wenigstens das 2-Grad-Ziel von Paris erreicht werden soll.

Gerechtigkeit: Gleicher Preis für gleiche Mengen

Wie aber lässt sich die Menge an Treibhausgasen effektiv verringern, um den 1,5 t näherzukommen? Unter OekonomInnen ist seit langem klar, dass dies nur über eine Bepreisung von Treibhausgasemissionen einerseits und aktiven Emissionsminderungen (sog. Kohlenstoffsenken) andererseits gehen wird. Deshalb war es die Aufgabe der COP 25 von Madrid, den Artikel 6 der COP 21 von Paris 2015 in konkrete Regeln und Zahlen zu fassen, der von eben dieser Bepreisung handelt. An dieser Aufgabe ist Madrid krachend gescheitert. Es bestätigte sich die alte Wahrheit: Wenn es ums Geld geht, sucht jeder seinen Vorteil.

Im Rahmen der Option für Klimagerechtigkeit wäre eigentlich klar, was zu tun wäre: Jede Tonne Kohlendioxidäquivalent müsste weltweit zum gleichen Preis gehandelt werden. Dieser Preis wäre zu zahlen, wenn die Tonne emittiert wird, und er wäre einzunehmen, wenn dieselbe Tonne auf ökologisch sinnvolle Weise gebunden wird – beispielsweise durch eine entsprechende Fläche Wald.

EU-Datenschutzgrundverordnung: Wem nützt sie und was bringt sie?

Von „ein Meilenstein“ bis „eines der schlechtesten Gesetze des 21. Jahrhunderts“ reichten die Kommentare – seit 25. Mai 2018 gilt nun die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO), mit der eine Harmonisierung des europäischen Datenschutzrechtes erfolgen soll.

*Mag. Alexander Marktler,
Datenschutzbeauftragter der Diözese
Linz, Mitarbeiter der Kirchlichen
Datenschutzkommission*

Sinn und Zweck des Datenschutzes ist es unter anderem, die Selbstbestimmung der BürgerInnen über ihre Daten zu gewährleisten. Mit der Verbreitung von digitalen Medien hat der Datenschutz eine neue, umfangreichere Relevanz erhalten, und zwar auf allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebenen.

Als Grundtenor gilt: Weg von der Behörde, hin zur Eigenverantwortung

Mit der Abschaffung des Datenverarbeitungsregisters (DVR) obliegen nun dem Daten-Verantwortlichen (= dem/der „DatenverarbeiterIn“) selbst weitreichende interne Dokumentationspflichten, um wiederum seiner/ihrer Rechenschaftspflicht gemäß DSGVO nachkommen zu können. Die Rolle bzw. Verantwortung der IT hinsichtlich Datensicherheitsmaßnahmen wurde stark aufgewertet. So ist der Schutz gegen unbefugten bzw. unrechtmäßigen Zugriff und versehentlichen Datenverlust, Zerstörung oder Schädigung durch angemessene technische oder organisatorische Maßnahmen („TOMS“) zu gewährleisten (Grundsatz der Integrität und Vertraulichkeit). Neu geregelt wurde u.a. auch die Funktion des/der Datenschutzbeauftragten, der/die unter gewissen Voraussetzungen nun zwingend vorgesehen ist und als Schnittstelle zwischen den Aufsichtsbehörden, den betroffenen Personen und dem/der Daten-Verantwortlichen dienen soll.

Auswirkungen auf ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen

Insgesamt hat die Verordnung somit durchwegs praktische Folgen für

ArbeitgeberInnen und deren Umgang mit ArbeitnehmerInnen-Daten.

Da bei ArbeitgeberInnen schon ab dem Zeitpunkt einer Bewerbung, später über den Arbeitsvertrag, aber auch über Zeiterfassung, Intranet, MitarbeiterInnenfotos etc. personenbezogene Daten (neben Name oder Anschrift auch Fotos, Videoaufzeichnungen oder Daten, die Rückschlüsse auf Aufenthaltsorte zulassen) anfallen, die nicht einfach erhoben, verarbeitet oder an Dritte weitergegeben werden dürfen, entsteht in diesem Bereich auch ein gewisser interner Druck bzgl. sensiblem Umgang mit Personaldaten. So ist etwa immer einzeln zu prüfen, welche Rechtsgrundlage (z. B. die Zustimmung des/der Betroffenen) gemäß der Artikel 6 und 9 DSGVO für die entsprechende Verarbeitung in Frage kommt. Eine große Herausforderung für Unternehmen stellt oftmals auch der Grundsatz der Speicherbegrenzung dar, da dieser das Erarbeiten eines Löschkonzeptes erfordert.

Auch die (wichtigen) Grundsätze der Zweckbindung, Datensparsamkeit und Transparenz müssen selbstverständlich weiterhin gewahrt bleiben.

Eine wesentliche Verschärfung der neuen Datenschutzbestimmungen betrifft die sogenannten Informationspflichten (Artikel 13 und 14 DSGVO) – Betroffene sind vor/bei der Erhebung ihrer Daten über die Verwendung derselben in entsprechender Art und Weise zu informieren. Es muss daher genau definiert sein, welche Daten wofür erhoben werden und an wen diese gegebenenfalls übermittelt bzw. welche Auftragsverarbeiter herangezogen werden. Auch müssen die Informationen verständlich formuliert sein und

von den betroffenen Personen eingesehen werden können.

Speziell für ArbeitgeberInnen bedeuten die neuen Bestimmungen somit vor allem einen erhöhten Arbeits-, Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand in den Bereichen Datenschutz und Datensicherheit und somit letztlich auch höhere Kosten. Weiters bedarf es funktionierender interner Prozesse, um etwa Betroffenenrechte (z.B. das Recht auf Auskunft oder Löschung) fristgerecht bearbeiten oder auf Datenschutzverletzungen (data-breach-Fälle) umgehend gemäß Verordnung reagieren zu können.

Ein rasanter Anstieg ist bei der Ausübung von Betroffenenrechten zu verzeichnen, was mit einer breiteren Auseinandersetzung der BürgerInnen mit dem Thema Datenschutz erklärbar ist.

Aktueller Stand der Entwicklungen

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass zusätzlich zu Verwaltungsstrafen nun auch (hohe) Geldbußen gegen juristische Personen verhängt werden können, die gemäß DSGVO „wirksam, verhältnismäßig und abschreckend“ sein sollen. Aktuell sei auf den (noch nicht rechtskräftigen) Bußgeldbescheid gegen die Österreichische Post AG in der Höhe von 18 Millionen Euro (!) wegen der Verarbeitung von personenbezogenen Daten über die vermeintliche politische Affinität von Betroffenen hingewiesen.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass Daten-Verantwortliche aufgrund der gesetzlichen Neuerungen durchaus gezwungen sind, sich intensiv mit den Themen Datenschutz und

Fortsetzung auf Seite 5

Die Politische Theologie

Dorothee Sölles

Gefördert aus Mitteln



Glauben und Politik, Beten und Handeln gehörten für die Theologin Dorothee Sölle zusammen. Das Wort Gottes war für sie nicht vom Leben zu trennen. Sie hielt Gottes Wirken in der Welt für gebunden an unser Handeln: „Gott hat keine anderen Hände als unsere“. Dorothee Sölles Worte sollen uns ermutigen und bestärken, Solidarität und Nächstenliebe in unserem Leben zu verwirklichen und uns politisch zu engagieren.



Dorothee Sölle

„Meine Tradition hat uns wirklich mehr versprochen! Ein Leben vor dem Tod, gerechtes Handeln und die Verbundenheit mit allem, was lebt, die Wölfe neben den Lämmern und Gott nicht oben und nicht später, sondern jetzt und hier. Bei uns, in uns.“

Vortrag: Renate Wind, Autorin und Theologin

Workshops: Lucia Göbesberger und Katrin Pointner

Gemeinsam werden wir Sölles Texte und Gedanken zu unserer Konsumgesellschaft, dem Hunger nach Sinn und politischer Verantwortlichkeit reflektieren und diskutieren. Dorothee Sölles Worte sollen uns ermutigen und bestärken, Solidarität und Nächstenliebe in unserem Leben zu verwirklichen und uns politisch zu engagieren.

Termin: Fr., 28. Februar 2020, 16 bis 20 Uhr

Ort: Haus der Frau, Volksgartenstraße 18, 4020 Linz

Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26, hdf@dioezese-linz.at

Die Veranstaltung ist kostenlos.

Kooperation: Sozialreferat der Diözese Linz, Katholische Frauenbewegung OÖ, Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung OÖ, Haus der Frau Linz

EU-Datenschutzgrundverordnung

Fortsetzung von Seite 4

Datensicherheit auseinanderzusetzen, was zum Teil immense Verwaltungsaufgaben und die Etablierung einer DSGVO-Compliance nach sich zieht. Obwohl es aufgrund des medialen Hypes in der Phase des Inkrafttretens der DSGVO zu Panikreaktionen und unnötigen Auswüchsen gekommen ist und manche Bestimmung als überbordend erscheint, so ist dennoch positiv zu vermerken, dass eine Sensibilisierung der Bevölkerung im Bereich Datenschutz stattgefunden hat – und dies kann letztlich nur positiv und zum Nutzen für die betroffenen Personen sein.

kso^e Solidarisch Wirtschaften

Lehrgang in 4 Modulen

Dieser Lehrgang von April bis November 2020 richtet sich an Personen und Gruppen, die alternativ wirtschaften möchten, die solidar-ökonomische Initiativen, Projekte und Betriebe aufbauen möchten oder bereits im Tun sind, dabei Neuorientierung suchen, Veränderungen gestalten und gute Entscheidungen treffen wollen sowie an MultiplikatorInnen.

Inhalte:

- Aufbau- und Veränderungsprozesse von solidar-ökonomischen Initiativen/Betrieben
- Eigentums-, Rechts- und Finanzierungsfragen
- Demokratische Organisation, hierarchiearme Organisationsformen, Selbstorganisation
- Kommunikation, Entscheidungsfindung, Selbstreflexion
- Ausgewählte Praxisfelder: z. B. Genossenschaften, Ernährung und Landwirtschaft, solidarisch/gemeinschaftlich Wohnen und Leben
- Perspektiven solidar-ökonomischen Wirtschaftens: u.a. sozial-ökologische Transformation, nicht-kapitalistisches Wirtschaften, Wirtschaftsdemokratie

Lehrgangs-Orte und Termine

Wien: 23. – 24. April 2020 | Friesach: 9. – 10. Juli 2020

Innsbruck: 24. – 25. Sep. 2020 | Wien: 19. – 20. Nov. 2020

Anmeldung bis 16. März: konstanze.pichler@ksoe.at

Näheres unter www.ksoe.at

Kosten: 960 Euro

Arbeitszeit: Weniger ist mehr

Am 1. September 2018 trat die heftig umstrittene Novelle zum Arbeitszeitgesetz (AZG) und Arbeitsruhegesetz (ARG) in Kraft. Eine wesentliche Änderung betraf die Anhebung der Höchstgrenzen der Arbeitszeit von 10 auf 12 Stunden pro Tag bzw. von 50 auf 60 Stunden pro Woche.

*Mag. Roland Richter,
Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschafts-
politik, Arbeiterkammer Oberösterreich*

Durch ArbeitgeberInnen (AG) angeordnete Arbeitsstunden über die gesetzliche Normalarbeitszeit (8 h pro Tag/40 h pro Woche) hinaus, gelten wie bisher als Überstunden. ArbeitnehmerInnen (AN) haben ein Ablehnungsrecht für Überstunden über die vollendete 10. Stunde täglich (50. Stunde wöchentlich) hinaus. Die Arbeitszeitverlängerung ist aus vielen Gründen bedenklich: Demokratiepolitisch, da AN die eigene Lebenszeit noch weniger selbst bestimmen können. Verteilungspolitisch, da die Vorteile den AG zufließen, während die AN die Belastungen tragen. Gesundheitliche Folgeschäden der AN belasten den Sozialstaat.

Bisherige Erfahrungen

Aktuelle Umfragen zeigen, dass der 12-Studentag bereits für rund ein Drittel der Beschäftigten zur Realität geworden ist und von einem Drittel der AG eingesetzt wird. Bereits wenige Wochen nach Inkrafttreten der Novelle tauchten erste Arbeitsverträge und Betriebsvereinbarungen auf, in denen sich AN verpflichten sollten, ausdrücklich und „freiwillig“ 12 Stunden am Tag und 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. Ebenso kam es schon zu Kündigungen von AN, weil sie nicht bereit waren, länger als 10 Stunden pro Tag zu arbeiten. Dies zeigt, wie berechtigt die frühen Warnungen von AN-Vertretungen waren, dass die im Gesetz formulierte Freiwilligkeit aufgrund des Machtgefälles eine leere Worthülse sei. Aus Angst vor Arbeitsplatzverlust oder Diskriminierung sehen sich AN faktisch genötigt, dem Druck zur Arbeitszeitausweitung nachzugeben.

Ebenso haben AG in dutzenden Betrieben versucht, Verschlechterungen von bestehenden Betriebs- und Einzelvereinbarungen zulasten der Beschäftigten durchzudrücken.

Gewerkschaften und Arbeiterkammern haben durch intensive Beratungen von Betriebsräten und AN vielfach nachteilige Änderungen verhindern können.

(Über)lange Arbeitszeiten aus wissenschaftlicher Perspektive

Die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen folgende Wirkungen (über)langer Arbeitszeiten:

Anstieg von Schlaganfällen, Herzkrankungen, psychosomatischen Beschwerden, Depressionen, anhaltende Erschöpfung, Burn-Out-Erkrankungen, Nachlassen der kognitiven Leistungen, Kreativität und physischen Leistungsfähigkeit. Zudem wurde nach einem achtstündigen Arbeitstag ein starker Rückgang der Produktivität sowie die Zunahme von Arbeitsunfällen und Fehlerquoten beobachtet. Überlange Arbeitszeiten wirken sich negativ auf die Work-Life-Balance aus und tragen zum Anstieg des Risikoverhaltens bei (Rauchen, Alkohol, Medikamente).

Gestaltungsempfehlungen der Arbeitswissenschaft:

- ⇒ Lange Arbeitstage nur einzeln und nicht mehrmals in Folge planen
- ⇒ Mehrarbeit nicht finanziell, sondern in Freizeit abgelten
- ⇒ Personalunterdeckung vermeiden
- ⇒ hohe Selbstbestimmung der Arbeitszeit durch die AN fördern
- ⇒ Arbeitszeiten sollten lange im Voraus verlässlich planbar sein
- ⇒ Klare zeitliche Grenze zwischen Privatem und Arbeit ziehen
- ⇒ Betriebskultur zur Vermeidung von langen Arbeitszeiten fördern
- ⇒ Karriere auch für Beschäftigte ohne Vollzeit ermöglichen.

Laut Eurofound arbeiteten die Beschäftigten in Österreich 2018 (durchschnittliche kollektivvertragliche Arbeitsstunden bei Vollzeit unter

Berücksichtigung aller Feier- und Urlaubstage) insgesamt 1.723 Stunden pro Jahr, also um 2,1 % mehr als der Durchschnitt der EU-15-Staaten. Zum Vergleich: Frankreich 1.602, Deutschland 1.666 Stunden. Laut Statistik Austria wünschen sich mehr als die Hälfte aller AN mit einem Stundenausmaß von mehr als 40 Wochenstunden eine Arbeitszeitverkürzung. Gemäß dem Arbeitszeitbericht der AK OÖ beträgt die Wunscharbeitszeit in Österreich 36 Wochenstunden. Insbesondere Eltern möchten eine kürzere Arbeitszeit.

Die Verlängerung der Arbeitszeit steht also im Widerspruch zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen, den Wünschen der AN und den volkswirtschaftlichen Erfordernissen. Dass menschengerechtere Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich möglich sind, zeigen einige erfreuliche Beispiele: Im Oktober 2018 stellte die Firma eMagnetix mit Sitz in OÖ die wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich um. Die bisherigen Erfahrungen sind sehr positiv: die Anzahl der Bewerbungen pro Stelle hat sich verzehnfacht, die KundenInnen konnten gehalten und die Arbeitsqualität erhöht werden. Die AN berichten von einer besseren Work-Life-Balance, fühlen sich trotz einer höheren Arbeitsintensität gesünder und weniger müde.

Seit November 2017 gibt es bei der deutschen Firma Rheingans Digital Enabler eine 25-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Auch hier zeigen die Ergebnisse eine Zunahme von Produktivität, Arbeitsqualität, AN-Zufriedenheit und eine bessere Work-Life-Balance. Ähnliche Resultate verkündete Microsoft Japan, das diesen Sommer für seine Angestellten, eine Vier-Tage-Woche testete.

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - interesse - interesse - interesse - in
e - in

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

Christlich geht anders (Hg.): Solidarisch antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen, Tyrolia Verlag, Innsbruck 2019, 155 Seiten.

„Christlich geht anders“ ist ein Bündnis zwischen sozial engagierten ChristInnen, kirchlichen Organisationen und AmtsträgerInnen sowie Hilfsorganisationen der Zivilgesellschaft. Ein friedliches Zusammenleben in sozialer Gerechtigkeit ist das große Ziel. Anlassfall für die Gründung der Initiative war die empfindliche Kürzung der Mindestsicherung, zuerst in Niederösterreich. Über 3.000 Menschen haben mittlerweile ihre Unterschrift unter die sechs Grundsatzstatements der Initiative gesetzt (Einheit von Gottes- und Nächstenliebe, Priorität für die Sorge um die Armen, ein aktiver Sozialstaat und ein gerechtes Steuersystem, keine Ängste schüren und Menschen nicht gegeneinander ausspielen, sowie eine ökologisch verträgliche Zukunft des gesamten Planeten). All diese Punkte werden in dem vorliegenden Sammelband vertieft. Die AutorInnen wollen mit ihren Überlegungen aufzeigen, warum unsere Gesellschaft solidarische Antworten braucht, um Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten.

H. Bude: Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. Carl Hanser Verlag, München 2019, 175 Seiten.

Der Verlust der Solidarität in unserer Gesellschaft wird immer wieder beklagt, andererseits nimmt der Individualismus und der Egoismus zu. Solidarität zuerst für uns und dann für die, die draußen sind (Amerika first). Dem Autor dient bei der Begriffsklärung der französische Philosoph und Schriftsteller Albert Camus: Nichts ist festgelegt, alles steht in Frage. Es gibt keinen in der Natur des Menschen angelegten

Hang zur Solidarität, obwohl der Mensch über die einzigartige Fähigkeit zur Empathie verfügt. Solidarität ist eine Möglichkeit jedes Einzelnen, man kann sie verwerfen, nutzen, aber man kann sich ihrer auch verpflichten, weil man dadurch sein Leben reicher und lebendiger macht. Der wesentliche Satz zur Sache lautet: Man lernt den Gewinn der Solidarität erst zu schätzen, wenn man die Einsamkeit kennt. Ein nicht leicht zu lesendes Buch, bei dem philosophische Vorkenntnisse von Vorteil sind.

S. Zuboff: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Campus-Verlag, Frankfurt am Main 2018, 727 Seiten.

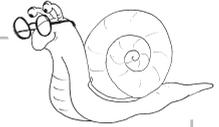
In dem äußerst umfangreichen Buch der Harvard-Ökonomin geht es um die Macht der IT-Giganten in unserer Gesellschaft. Bekommt die Politik die ständig wachsende Macht von Google, Facebook und Co. In den Griff? Oder siegt der Überwachungskapitalismus? Die Methoden der Verhaltensauswertung und -manipulation werden immer ausgefeilter und besser. Menschen sind nur mehr kostenlose Rohstofflieferanten für Verhaltensdaten. Diese Verhaltensdaten werden auf einer neuen Art von Marktplatz für Verhaltensvorhersagen gehandelt. Es bedarf einer kollektiven Anstrengung diese Gefahren zu benennen und zu beseitigen. Wir müssen rufen: Es reicht! Bis die Autorin zu diesem Schluss kommt erfolgt eine kapitalismuskritische Abhandlung und Analyse der gegenwärtigen Phänomene, die eine aufmerksame und ausdauernde Lektüre erfordert. Im Gegenzug dazu, ist der Erkenntnisgewinn enorm.

Unterstützen Sie das Klimavolksbegehren

Die Unterschrift deines Lebens für Maßnahmen und Gesetze, die jetzt notwendig sind, um die fortschreitende Klimaerwärmung zu bremsen.

<https://klimavolksbegehren.at/unterschreiben/>

Ambition ist ein Schwert mit zwei Klingen



Als Frau mit Schnecke im Tierkreiszeichen (Aszendent Alte Katze) fremdle ich mit dem neoliberalen Leistungsfimmel natürlich. Besonders provokant finde ich den 12-Stunden-Tag. Da stört schon die begriffliche Unschärfe. In der Volksschule lernt man mühsam, dass der Tag ziemlich genau 24 Stunden hat, bis ein Vertreter der Generation Y daherkommt und die „Kurz-Arbeit“ ausruft, auf dass das Volk sein halbes Leben der Konjunktur opfere. Das ist doch höherer Unsinn! Naturgesetze bleiben auch dann gültig, wenn 37,5 Prozent der Wählerschaft nicht an sie glauben.

Dann die biblisch-humane Dimension: Das Gleichnis vom Weinberg kennen Sie ja. Da zählt gleichsam der olympische Gedanke Arbeit – Dabeisein ist alles! Als Selbständige weiß ich aus langjähriger Erfahrung, dass die Vermeidung der eigentlichen, dringenden Arbeit durch Neuordnung der Bücher nach Farben oder das Bürsten der Teppichfransen auch ganz schön Mühe macht. Was zählt, ist das Erreichen der Deadline in allerletzter Stunde. Denken Sie an den Häuptling der Apatschen, der seine Sterbeminute mit „Jetzt ist Winnetou auch Christ“ beendet!

Bleiben wir seriös. Quält es sie auch, dass die eigene Energie so begrenzt ist, jene der Gegenseite aber schier unendlich? Jair Bolsonaro arbeitet bestimmt mehr als zwölf Stunden täglich am Ruin des Amazonasgebietes. Donald Trump verschwendet keine Sekunde auf das Ordnen von Literatur. Tayyip Erdogan erlebt beglückende Flow-Erlebnisse mit irrwitzigen Kriegsplänen. Ein paar Ebenen der Bosheit weiter darunter hecken die Erfinder des 12-Stunden-Tages zielstrebig schon den nächsten Unfug aus, statt sich zu fragen, ob sie nicht lieber eine kleine Ski-Tour machen sollten, weil die Sonne grad so lieb scheint.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter

TERMINE

Demokratie konkret (er)leben Politisches Grundbildungsseminar

Die Module können auch einzeln gebucht werden:

- ⇒ Globale Machtblöcke, Kapitalismus und politische Verantwortung
- ⇒ Kulturelle Vielfalt und Demokratie
- ⇒ Angst und Solidarität im politischen Miteinander

ReferentInnen: *Lucia Göbesberger, Birgit Krenn, Katrin Pointner, Markus Pühringer*

Kursbeitrag: € 25,- pro Modul

Termine: 28. Feb., 13. März und 27. März 2020, jeweils Freitag, 14 bis 17.30 Uhr

Ort: Bildungshaus Schloss Puchberg, Puchberg 1, 4600 Wels

Anmeldung: ☎ (07242) 47 537
puchberg@dioezese-linz.at

Die politische Theologie Dorothee Sölles: Christlicher Glaube und politische Partizipation

Fr., 28. Feb. 2020, 16 bis 20 Uhr im Haus der Frau, 4020 Linz, Volksgartenstraße 18

Referentin: *Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Wind*

Kosten: Freiwillige Spenden

Kooperation: Sozialreferat der Diözese Linz, Katholische Frauenbewegung OÖ, Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung OÖ, Haus der Frau Linz
Info/Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26
hdf@dioezese-linz.at

Näheres siehe Seite 6.

Politik, Populismus und die Macht der Sprache

Do., 5. März 2020, 19 Uhr, Bildungshaus Schloss Puchberg, 4600 Wels

Vortrag: *Ruth Wodak*, Professorin für Diskursforschung an der Lancaster University (UK) und für Angewandte Linguistik an der Universität Wien.

Kosten: 15 Euro (Ermäßigter Beitrag für Mitglieder der KMB)

Anmeldung: Abendkasse im Bildungshaus Schloss Puchberg

Mut zum Handeln Zivilcourage-Training für junge Menschen ab 18

Sa., 14. März bis So., 15. März 2020

Ort: Seminarhaus St. Klara, Salzburger Straße 20, 4840 Vöcklabruck

Seminarleitung: Martin Loishandl, Jugendleiter im Lehrlings- und Jugendzentrum Zoom

Kosten: € 90,00 (inkl. Übernachtung und Vollpension)

Anmeldung: kj@dioezese-linz.at

Gegen den Strom inmitten der Mühlviertler Hasenjagd

Mo., 27. April 2020, 18 bis 20 Uhr im Treffpunkt Pflegepersonal, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Anna Hackl aus Schwertberg erzählt die Geschichte ihrer Familie, die im Frühjahr 1945 zwei ukrainischen Offizieren das Leben gerettet hat.

Anmeldung erbeten bis 20. April:

☎ (0732) 79 75 04 oder mensch-arbeit.pflegepersonal@dioezese-linz.at


Autofasten
Heilsam in Bewegung kommen



Klimafreundlich unterwegs

Autofasten ist ein wirksames Mittel zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und hilft dem **Klimawandel** entgegenzuwirken.

Die von den katholischen und evangelischen Umweltbeauftragten getragene Initiative vom **Aschermittwoch, 26. Februar bis Karsamstag, 11. April 2020** lädt ein, das eigene **Mobilitätsverhalten zu überdenken** und auf sanfte Mobilität umzusteigen.

Autofasten – immer ein Gewinn!

Neben dem Zugewinn an körperlicher Fitness und dem Schutz unserer Erde durch weniger CO₂-Ausstoß, gibt es auch schöne Preise zu gewinnen, z. B. Schuhe von Vega Nova oder einen Kurzurlaub (mit der Bahn nach Hinterstoder) und vieles mehr. Zusätzlich kann jede/r die **VCÖ-AktivMobil-Versicherung gratis für 2020** beantragen.

Informationen zur Versicherung und den Gewinnen auf

www.autofasten.at

Weitere Informationen und Kontakt:

www.autofasten.at oder Sozialreferat der Diözese Linz, Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10-32 51



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M - Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.


Katholische Kirche
in Oberösterreich